



**Bundesagentur  
für Arbeit**



**Cofen**  
Conselho Federal de Enfermagem

# **Absprache über die Vermittlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus der Republik Brasilien**

**für eine Beschäftigung als  
Pflegefachkraft in der Bundesrepublik  
Deutschland**

**zwischen der Bundesagentur für  
Arbeit**

**und**

**Conselho Federal de Enfermagem**



Der Conselho Federal de Enfermagem Brasiliens (nachfolgend COFEN) vertreten durch Frau Betânia Maria Pereira dos Santos und die Bundesagentur für Arbeit in Deutschland (nachfolgend BA), vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch den Geschäftsführer Internationales vertreten durch den Fachbereichsleiter Internationale Beziehungen, Herrn Alexander Wilhelm, im Weiteren bezeichnet als die „Parteien“ haben Folgendes verabredet:

## **Ziel**

Ziel dieser Absprache ist die Festlegung von fairen Vermittlungskriterien von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in eine Beschäftigung als Pflegefachkraft in Deutschland.

Die Absprache zur Vermittlung legt die Grundlage für einen spezifischen Aufenthaltstitel in Deutschland. Maßgebliche Rechtsgrundlagen hierfür sind § 16d Abs. 4 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und § 2 Beschäftigungsverordnung (BeschV).

Der Aufenthalt zielt auf die erfolgreiche Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikation ab und kann insbesondere auch die vorherige oder begleitende Teilnahme an einer Qualifizierungsmaßnahme umfassen.

## **Allgemeine Grundsätze**

- Bei der Vermittlung werden die arbeitsmarktlichen Interessen beider Länder berücksichtigt. Diese Vermittlungsabsprache ist von der Idee einer fairen Migration geleitet. Das bedeutet, dass die Parteien zentrale internationale Prinzipien für eine ethisch verantwortbare Gewinnung von Fachkräften bei der Durchführung der Absprache beachten, die von der Internationalen Arbeitsorganisation formuliert werden und die Umsetzung in Übereinstimmung mit den Gesetzen und Vorschriften beider Länder erfolgt.
- Etwaige Differenzen zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung und Durchführung dieser Vereinbarung werden durch Konsultationen zwischen den Vertragsparteien gütlich beigelegt.
- Die Anlagen dieser Vereinbarung sind integrale Bestandteile der Vereinbarung selbst. Änderungen der Anlagen können nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien vorgenommen werden.
- COFEN hat sich zum Ziel gesetzt, qualifizierte Pflegefachkräften eine Beschäftigung in Deutschland zu ermöglichen und somit ihren Beruf auf faire und legitime Weise auszuüben.

## **1. Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber**

Die Auswahl und Vermittlung der Bewerberinnen und Bewerber im Rahmen der Vereinbarung erfolgt zwingend nach dem in Anlage 1 beschriebenen Verfahren. Hier sind die Pflichten der



Parteien innerhalb des Verfahrens sowie die Kriterien für die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber<sup>1</sup> festgelegt. Diese Kriterien sind unter Berücksichtigung der geltenden aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen in der Bundesrepublik Deutschland festgelegt worden. Die Anlage 1 gilt vorbehaltlich etwaiger nationaler Rechtsänderungen.

Der in Brasilien erworbene Berufsabschluss als Pflegefachkraft sowie erforderliche Sprachkenntnisse sind durch geeignete Dokumente nachzuweisen.

## **2. Vermittlung der Bewerberinnen und Bewerber**

Die BA vermittelt die ausgewählten Bewerberinnen und Bewerber entsprechend der Nummern 4 und 5 in eine entsprechende Referenztätigkeit im Gesundheitswesen in Deutschland, bei der die Arbeitsbedingungen nicht ungünstiger sind als bei vergleichbaren inländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterliegen der Versicherungspflicht im deutschen Sozialversicherungssystem (Kranken- und Pflegeversicherung, Renten-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung).

In Fällen, in denen Arbeitsverhältnisse nach der Einreise unverschuldet nicht zustande kommen oder vorzeitig enden, wird sich die BA um die Vermittlung einer geeigneten neuen Arbeitsstelle bemühen. Ist auch diese Vermittlung nicht erfolgreich und kommt auch ein Wechsel des Aufenthaltszwecks nicht in Betracht, erlischt die Aufenthaltserlaubnis in Deutschland. Die Folge ist, dass die Personen Deutschland verlassen müssen. Im Falle einer Rückkehr nach Brasilien aufgrund eines nicht bestandenen Berufszulassung oder aus persönlichen Gründen trägt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Kosten für den Rückflug.

## **3. Durchführung des Verfahrens zur Feststellung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation und zur Erteilung einer Berufsausübungserlaubnis**

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen die Feststellung der Gleichwertigkeit ihrer ausländischen Berufsqualifikation und die Erteilung der Berufsausübungserlaubnis beantragen. Bestehen wesentliche Unterschiede im Vergleich zur deutschen Referenzqualifikation oder fehlen die für die Erteilung der Berufsausübungserlaubnis vorausgesetzten Sprachkenntnisse, erwerben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die erforderlichen Qualifikationen im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen. Hierzu können auch die Vorbereitung und das Ablegen einer Prüfung gehören. Die BA berät und unterstützt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Durchführung des Verfahrens zur Feststellung der Gleichwertigkeit und zur Erteilung der Berufsausübungserlaubnis, welches in Anlage 2<sup>2</sup> beschrieben ist. Hierbei kann die BA Partner einbinden.

---

<sup>1</sup> Das Verfahren der Bewerberauswahl wird in Absprache mit dem COFEN festgelegt. Die erforderlichen Berufsabschlüsse und Sprachkenntnisse sind abhängig vom jeweiligen Partnerland und der gesuchten Berufsqualifikation.

<sup>2</sup> In der Anlage ist das für die Erlangung der Anerkennung erforderliche Verfahren beschrieben. Das Verfahren ist abhängig vom jeweiligen deutschen Referenzberuf und kann erst nach dessen Festlegung durch die zuständige Anerkennungsstelle konkret definiert werden.



#### **4. Beschäftigung während des Verfahrens zur Feststellung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation und zur Erteilung der Berufsausübungserlaubnis**

Die Bewerberinnen und Bewerber werden zunächst in eine Beschäftigung Helfer bzw. Helferin in der Pflege vermittelt, die sie bis zur Feststellung der Gleichwertigkeit der beruflichen Qualifikation bzw. bis zur Erteilung der Berufsausübungserlaubnis ausüben.

Während der Beschäftigung muss der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer bzw. der Arbeitnehmerin ermöglichen, das Verfahren zur Feststellung der Gleichwertigkeit und die Erteilung der Berufsausübungserlaubnis zu durchlaufen und abzuschließen.

Wird die Gleichwertigkeit nicht festgestellt bzw. die Berufsausübungserlaubnis nicht erteilt oder wird das Verfahren nicht innerhalb von drei Jahren zum Abschluss gebracht, so endet die Aufenthaltserlaubnis in Deutschland und die Person muss Deutschland verlassen.

Eine Beschäftigung als anerkannte Fachkraft in Deutschland ist möglich, wenn das berufliche Anerkennungsverfahren in der oben genannten Frist erfolgreich abgeschlossen wurde.

#### **5. Beschäftigung nach Feststellung der Gleichwertigkeit der beruflichen Qualifikation**

Im Rahmen der Vermittlungsabsprache vermittelte Bewerberinnen und Bewerber nehmen mit erfolgreicher Feststellung der Gleichwertigkeit der beruflichen Qualifikation bzw. nach Erteilung der Berufsausübungserlaubnis und Erteilung der entsprechenden Aufenthaltserlaubnis in Deutschland eine Beschäftigung als anerkannte Pflegefachkraft auf.

#### **6. Integration und Spracherwerb in der Bundesrepublik Deutschland**

Die BA informiert die Fachkräfte über aktuelle Möglichkeiten, Unterstützung beim Leben und Arbeiten in Deutschland zu erhalten.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es diverse Angebote zum weiterführenden Deutschspracherwerb, die teilweise finanziell unterstützt werden können. Hierbei kann entsprechend der in Deutschland geltenden Regelungen Kosten für Deutschkurse, die über die für die Berufszulassung erforderlichen Kenntnisse hinausgehen, ein Eigenanteil anfallen, der von den Fachkräften selbst zu tragen ist.

#### **7. Beauftragung von privaten Dienstleistern durch die Bundesagentur für Arbeit**

Die Beauftragung von privaten Dienstleistern durch die BA zur Durchführung von Aufgaben, die sich aus dieser Absprache ergeben, ist in Abstimmung mit der anderen Partei zulässig. Die Zusammenarbeit mit dem privaten Dienstleister ist in einem gesonderten Vertrag zwischen der BA und dem privaten Dienstleister zu regeln.

Den Dienstleistern dürfen keine hoheitlichen Tätigkeiten der BA übertragen werden, hierzu zählen insbesondere die Beglaubigung von Dokumenten. Auch die Vermittlung an Arbeitgeber in Deutschland wird nicht an Dritte übertragen.



## **8. Nutzung der Vermittlungsabsprache durch direkt rekrutierende Arbeitgeber bzw. private Vermittlungsfirmen**

Die Beauftragung von privaten Vermittlern durch Arbeitgeber zur Durchführung von Aufgaben, die sich aus dieser Absprache ergeben, bzw. direkte Rekrutierung durch Arbeitgeber in Deutschland im Rahmen dieser Absprache ist nicht zulässig.

Die Absprache gilt ausschließlich für die Vermittlung von Pflegefachkräften, die zusammen von der BA und durch die von der BA beauftragten privaten Dienstleistern vorausgewählt werden. Pflegefachkräfte, die von privaten Arbeitsvermittlungsagenturen ohne Beteiligung der BA vermittelt werden, können die Regelungen dieser Absprache nicht nutzen.

## **9. Ausschlussmöglichkeiten**

Die Partner dieser Absprache behalten sich jeweils vor, solche Arbeitgeber sowie ggf. privaten Dienstleister auszuschließen, die gegen die Bestimmungen dieser Absprache verstoßen. Gleiches gilt für Bewerberinnen und Bewerber, die unter Verstoß gegen die Bestimmungen dieser Absprache vermittelt werden.

## **10. Zusammenarbeit**

Die Parteien werden eine gemeinsame, regelmäßig tagende Steuerungsgruppe („Joint Committee“ - JCM) gründen, um die Umsetzung der Kooperationstätigkeiten, die gemäß dieser Absprache ausgeführt werden, zu besprechen, zu überwachen und zu reflektieren.

Die Parteien stimmen die Öffentlichkeitsarbeit sowie etwaige Presseveröffentlichungen in Bezug auf die Kooperation zuvor einvernehmlich ab. BA trägt die Kosten für die Übersetzung von Dokumenten, die für die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien erforderlich sind.

## **11. Kosten für die Parteien**

Die Parteien dieser Absprache übernehmen selbst keine bewerberbezogenen Kosten (z.B. für den Spracherwerb, Visum o.ä.), die im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf eine Beschäftigung oder die Anerkennung der Berufsqualifikation in Deutschland anfallen. Es entstehen aber jeweils Verwaltungskosten für die Umsetzung der Rekrutierungs- und Vermittlungsaufgaben. Diese trägt diejenige Partei, bei der die Kosten entstehen, d. h. die BA für die Betreuung der Arbeitgeber, Vermittlung auf deutscher Seite und Durchführung des Arbeitsmarktzulassungsverfahrens und COFEN für die Weitergabe von Information an Bewerberinnen und Bewerber in Brasilien.

Sonstige Kosten der Parteien für die Umsetzung dieser Vermittlungsabsprache werden wie folgt getragen:

- Reisekosten, Unterkunft und Verpflegung vor Ort für Treffen der Steuerungsgruppe oder sonstiger Arbeitstreffen der Parteien werden jeweils von den Reisenden bzw. deren Trägern übernommen;



- Übersetzungs- und Dolmetscherleistungen werden nach Absprache von der BA übernommen.

## **12. Kosten für Bewerberinnen und Bewerber**

Die Auswahl und Vermittlung in eine Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen dieser Absprache sind für die Bewerberinnen und Bewerber kosten- und gebührenfrei. Arbeitgeber und private Dienstleister dürfen von den an bzw. durch sie vermittelten Bewerberinnen und Bewerbern keine Vermittlungskosten erheben. Die Verteilung darüber hinaus anfallender bewerberbezogener Kosten (z.B. für den Spracherwerb, Visum o.ä.), die im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf eine Beschäftigung oder die Anerkennung der Berufsqualifikation in Deutschland anfallen, ist in Anlage 1 geregelt.

Bewerberinnen und Bewerber sollen nicht an Arbeitgeber vermittelt werden, bei denen der Arbeitsvertrag (oder entsprechende Ergänzungsvereinbarungen) sog. Betriebstreueklauseln mit Rückzahlungsvereinbarungen enthalten. Das bedeutet, die vermittelten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nicht zu Kostenerstattungen bei vorzeitiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses verpflichtet werden (betrifft insbesondere Kosten für den Deutschspracherwerb, Übersetzungen, Anerkennungsverfahren, Anpassungsqualifizierungen und Reisekosten).

## **13. Anti-Korruptionsklausel**

Die Parteien versichern, für die Durchführung der in dieser Vereinbarung beschriebenen Aufgaben keine Vorteile von Dritten anzunehmen, insbesondere nicht von potentiellen Arbeitgebern oder Bewerberinnen und Bewerbern oder deren Angehörigen sowie von privaten Dienstleistern oder Vermittlern. Dies umfasst auch das Verbot, im Rahmen der Vermittlung

- Geschenke oder Geldbeträge anzunehmen oder
- sich anderweitige Vorteile gewähren oder versprechen zu lassen.

## **14. Keine Diskriminierung**

Bewerberinnen und Bewerber dürfen während des Auswahl- und Vermittlungsverfahrens nicht aus rassistischen Gründen oder wegen Nationalität, Geschlecht, sexueller Identität, sozialer Herkunft oder Stellung, Behinderung, religiöser, weltanschaulicher oder politischer Überzeugung bevorzugt oder benachteiligt werden.

## **15. Datenschutzklausel**

Die Parteien tauschen im Zuge der Umsetzung dieser Vereinbarung keine personenbezogenen Daten aus. Für den im Rekrutierungs- und Vermittlungsprozess notwendigen entsprechenden Austausch personenbezogener Daten zwischen der BA und dem von ihr beauftragten privaten Dienstleister gelten die Vorschriften der ~~deutschen~~ Datenschutzgrundverordnung (DGSVO), die im entsprechenden Kooperationsvertrag



zwischen BA und privaten Dienstleister separat beschrieben werden. Den Kooperationsvertrag erhält COFEN zur Einsicht.

## **16. Geltungsdauer und Kündigung**

Die Absprache gilt auf unbestimmte Zeit. Die Absprache kann im gegenseitigen schriftlichen Einvernehmen der Parteien geändert werden. Eine solche Änderung tritt zu einem von den Parteien einvernehmlich festzulegenden Zeitpunkt in Kraft und ist Bestandteil dieser Vereinbarung.

Die Absprache kann von jedem Partner bis zum 30. September mit Wirkung zum 31. Dezember eines Kalenderjahres ohne Nennung von Gründen schriftlich gekündigt werden.

Jede Partei ist zudem berechtigt, die Vereinbarung bei Vorliegen eines wichtigen Grundes außerordentlich ohne Einhaltung einer Frist per E-Mail gefolgt von einer schriftlichen Bestätigung oder mithilfe einer autorisierten E-Mail-Signatur zu kündigen.

Als wichtige Gründe gelten insbesondere Verstöße gegen die Bestimmungen dieser Vereinbarung oder Änderungen des zugrundeliegenden nationalen Rechts.

## **17. Schlussbestimmungen**

Diese Absprache wird am 20. Juni 2022 wirksam.

Unterzeichnet in Brasilia am 20. Juni 2022 in zwei inhaltsgleichen Versionen, jeweils in deutscher und in portugiesischer Sprache.

Brasilia, den 20. Juni 2022.

Bundesagentur für Arbeit

Conselho Federal de Enfermagem

---

Alexander Wilhelm

---

Betânia Maria Pereira dos Santos